

• •

Herrn Bezirksbürgermeister

Andreas Hupke
Ludwigstrasse 8

D – 50667 Köln

Köln, 12. Dezember 2018

Bürgereingabe nach § 24 GO NRW: Fahrradstellplätze am Hauptbahnhof Köln

Sehr geehrter Herr Hupke,

bezugnehmend auf das mit Ihnen geführte Telefonat vom 06.12.2018, wende ich mich nun schriftlich an Sie mit einer Bürgereingabe gemäß § 24 Abs.1 Satz 1 GO NRW bezüglich der fehlenden Fahrradständer am domseitigen Kölner Bahnhofsvorplatz.

Da ich als Deutzer Bürger nunmehr seit über 30 Jahren vorrangig das Fahrrad als Verkehrsmittel nutze, sind mir die Kalamitäten als Radfahrer in der Kölner Innenstadt hinlänglich bekannt und tagtäglich präsent.

Auch wenn die Stadt Köln in den letzten Jahren nach meinem Eindruck kleinere Fortschritte in Sachen Fahrradfreundlichkeit gemacht hat und nun seitens der Stadtverwaltung verstärkt versucht wird, der intensiveren Nutzung des Fahrrads als emissionslosen Verkehrsträger Rechnung zu tragen, so ist mir doch in den letzten Monaten besonders die Situation am domseitigen Bahnhofsvorplatz ins Auge gefallen.

Nach näherem Untersuchen der örtlichen Gegebenheiten musste ich erstaunt feststellen, dass im direkten Umkreis des Hauptbahnhofs nur Poller existieren, an denen kein Fahrrad diebstahlsicher angeschlossen werden kann. Die immer wieder in Rede stehende kostenpflichtige und ungünstig gelegene Radstation mit beschränkten Öffnungszeiten am Hinterausgang des Hauptbahnhofs ist für viele Bürger keine Option.

Als Verkehrsknotenpunkt und wichtigsten Umsteigeplatz für unzählige Pendler ist die Verkehrssituation für Radfahrer am Hauptbahnhof Köln ohne adäquate Stellplätze somit nicht zufriedenstellend. Der Anreiz für geneigte Bürger den Verkehrsträger zu wechseln und auf das Rad umzusteigen, wird dadurch unnötig erschwert, obwohl dies doch unbestreitbar sinnvoll und eigentlich politisch gewollt ist.

Sicherlich gibt es bei den Entscheidungsbeteiligten (Verkehrsdezernat, Bauamt, Amt für Denkmalpflege, Deutsche Bahn, Bundespolizei etc.) unterschiedlichste Interessenlagen, doch um die missliche Situation für die Bürger zu verbessern, sollte es trotzdem möglich sein, einen vernünftigen Ansatz zu finden und eine praktikable Lösung zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen